



## Curia Vista - Geschäftsdatenbank

13.3901 – Motion

### Stopp der steuerlichen Bevorzugung des Flugverkehrs

Eingereicht von



Masshardt Nadine

Einreichungsdatum	27.09.2013
Eingereicht im	Nationalrat
Stand der Beratung	Im Plenum noch nicht behandelt

#### Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, zur Deckung der Kosten der öffentlichen Hand und zur Verbesserung der Kostenwahrheit sowie gegen die weitere Zunahme der Umweltverschmutzung:

- die steuerlichen Bevorzugungen (Mineralöl- und Mehrwertsteuer) der Luftfahrt aufzuheben;
- bis diese Anpassungen erfolgt sind, ist eine Klimaschutz-Ticketabgabe für den internationalen Flugverkehr einzuführen.

#### Begründung

Der Bund hat bisher keine wirksamen Massnahmen gegen die Klimabelastung durch den Flugverkehr getroffen. Auch global ist trotz fünfzehn Jahren Diskussion kein Abkommen für mehr Kostengerechtigkeit in Sicht. Weiter zuwarten erscheint nicht angebracht, denn der stark wachsende, klimaschädliche Flugverkehr verursacht immense externe Schadenskosten, welche uns mittel- bis langfristig teuer zu stehen kommen.

Heute gilt für den Flugverkehr das Gegenteil des Verursacherprinzips. Zudem wird diese Form der Mobilität heute steuerlich bevorzugt: Der Staat subventioniert das Fliegen mit zahlreichen Steuerprivilegien direkt oder indirekt. Der internationale Flugverkehr zahlt z. B. weder Mehrwertsteuer noch CO<sub>2</sub>-Abgabe oder Mineralölsteuer, wie dies Autofahrende und Hausbesitzende tun.

Die steuerliche Bevorzugung ist erst recht unhaltbar, weil sie das Bestreben der Schweiz nach mehr Klimaschutz untergräbt. Deshalb braucht es als Kurzfristmassnahme eine Ticketabgabe, wie sie sämtliche Nachbarländer kennen. Das Geld könnte analog zur bestehenden CO<sub>2</sub>-Abgabe an die Bevölkerung und Wirtschaft rückverteilt werden.

Schweizerinnen und Schweizer fliegen viel - im Durchschnitt doppelt so oft wie Deutsche, Franzosen oder Italiener. Die Folgen dieser Vielfliegerei sind gravierend: Bereits heute gehen 16 Prozent der Schweizer Klimabelastung auf das Konto des Flugverkehrs. 2020 dürften es schon 22 Prozent sein. Das Fliegen wird also in der Schweiz ohne Gegenmassnahmen bald den Strassenverkehr und die Gebäudeheizungen als heute grösste Klimabelaster ablösen.

Dabei ist nicht nur das CO<sub>2</sub> klimaschädlich. Auch die in grosser Höhe ausgestossenen Stickoxide und der Wasserdampf heizen dem Klima ein.

In der Antwort auf die Motion **07.3062**, "Miteinbezug des Flugverkehrs in den europäischen Emissionshandel", hielt der Bundesrat fest: "Der Bundesrat teilt den Standpunkt, wonach auch die Luftfahrt einen Beitrag zum Klimaschutz leisten soll." Die Einführung einer Klimaschutz-Ticketabgabe wäre sicher ein erster Schritt in die richtige Richtung.

### **Stellungnahme des Bundesrates vom 13.11.2013**

Der Bundesrat ist nach wie vor der Auffassung, dass auch die Luftfahrt einen Beitrag zum Klimaschutz leisten soll. Aus diesem Grund ist er auch der Aufforderung der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (Icao) gefolgt, bis im Juni 2012 einen nationalen Aktionsplan zur Reduktion der Klimawirkungen des Luftverkehrs zu erstellen. Der in der Folge erstellte Aktionsplan zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Schweizer Luftfahrt ist Teil der bundesrätlichen Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015. Er zeigt auf, welche Massnahmen in der Schweiz oder im europäischen Rahmen geplant oder in Umsetzung begriffen sind, und zwar in Bezug auf umweltfreundlichere Flugzeuge, bei den Flugoperationen, bei der Infrastruktur am Boden sowie im Luftraum. Des Weiteren sind darin marktbasierende Massnahmen, namentlich ein Emissionshandel, vorgesehen. Der Aktionsplan soll per Mitte 2015 überprüft und aktualisiert werden.

Der Luftverkehr vermag seine direkten Kosten weitgehend ohne staatliche Subventionen zu decken. Durch die Befreiung des internationalen Linien- und Charterverkehrs von der Mineralölsteuer entgehen dem Bund aber potenzielle Einnahmen von rund 1,3 Milliarden Franken jährlich. Die Befreiung gründet auf den Anforderungen der Chicago-Konvention und darauf basierenden Beschlüssen der Icao sowie den über 140 Luftverkehrsabkommen der Schweiz mit ausländischen Staaten. Diese schliessen eine solche Besteuerung aus.

Im europäischen Ausland gibt es zurzeit keine aus Gründen des Klimaschutzes eingeführten Passagierabgaben. Von den EU-Mitgliedstaaten kennen zwar Deutschland, Österreich, Frankreich, Irland, Italien und das Vereinigte Königreich eine Passagierabgabe bei Flugreisen. Diese Abgaben dienen aber ausschliesslich fiskalischen Zwecken. In den letzten Jahren haben Dänemark, Norwegen und die Niederlande solche Abgaben aufgrund negativer Erfahrungen wieder abgeschafft, nachdem viele Passagiere zwecks Kostenersparnis Umwege über ausländische Flughäfen in Kauf genommen hatten. Auch in der Schweiz müsste bei einer Einführung von derartigen Passagierabgaben mit ökologisch unerwünschtem Umwegverkehr und damit verbundenen ökonomischen Einbussen gerechnet werden. Die Einführung einer Passagiergebühr mit Steuercharakter bedingt zudem eine spezifische und ausdrückliche Verfassungsgrundlage.

Im Bereich der marktbasierenden Massnahmen hat der Bundesrat im Rahmen der Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes seiner Präferenz für den Einbezug des Luftverkehrs in ein Emissionshandelssystem Ausdruck gegeben. Im Dezember 2009 erteilte er der Verwaltung ein Verhandlungsmandat für die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme der EU und der Schweiz einschliesslich des Luftverkehrs. Die Verhandlungen sind recht weit fortgeschritten, sodass eine Verknüpfung der beiden Systeme in absehbarer Zeit möglich scheint.

### **Antrag des Bundesrates vom 13.11.2013**

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

### **Erstbehandelnder Rat**

Nationalrat

### **Mitunterzeichnende (21)**

Aebischer Matthias   Allemann Evi   Aubert Josiane   Badran Jacqueline  
Bertschy Kathrin   Chopard-Acklin Max   Feri Yvonne   Fischer Roland   Friedl Claudia

Grossen Jürg Gysi Barbara Hardegger Thomas Jans Beat Munz Martina  
Nussbaumer Eric Piller Carrard Valérie Schneider Schüttel Ursula Semadeni Silva  
Streiff-Feller Marianne Trede Aline Tschäppät Alexander

**Deskriptoren:** Hilfe

Luftverkehr Steuerabzug Lenkungsabgabe Klimapolitik Gleichbehandlung  
grenzüberschreitende Umweltbelastung Klimaveränderung Bekämpfung der Umweltbelastungen  
Kohlendioxid Abgas Verursacherprinzip

**Ergänzende Erschliessung:**

52;48

**Zuständig**

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)

Sie sind hier: [Das Schweizer Parlament](#) > [Suche](#) > [Geschaeft](#)

---

© Das Schweizer Parlament / CH - 3003 Bern, Impressum, Disclaimer